

Nr. 4722.11

II-9343 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode
A N F R A G E

1989-12-07

der Abgeordneten Dr. Dillersberger, Huber, Apletbeck
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Winterarbeitslosigkeit der Bauarbeiter

Die unterzeichneten Abgeordneten wurden davon informiert, daß im Winter 1988/89 im Raum Graz einerseits eine sehr große Anzahl von Baufacharbeitern und Bauhilfsarbeitern beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet gewesen seien, andererseits aber dringend benötigte Arbeitskräfte an Baufirmen nicht hätten vermittelt werden können.

Sollte diese Information tatsächlich richtig sein, so drängt sich der Verdacht auf, daß Bauarbeiter im Winter Arbeitslosengeld beziehen, um dann im Frühling wieder von ihrem Bauunternehmen aufgenommen zu werden, und daher an anderen Beschäftigungen nicht interessiert sind. Es kann jedoch nicht Sinn der Arbeitslosenversicherung sein, nicht tatsächlich arbeitsuchende Personen finanziell zu fördern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

A n f r a g e :

1. Wieviele Arbeitslose aus den Bereichen der Bauwirtschaft (Baufacharbeiter, Bauhilfsarbeiter) waren in der Zeit vom November 1988 bis März 1989 im Raum Graz arbeitslos und haben Arbeitslosenunterstützung bezogen?
2. Wieviele dieser arbeitslos gemeldeten Kräfte aus dem Baugewerbe konnten im oben angeführten Zeitraum an andere Baufirmen vermittelt werden?
3. Wie hoch ist der Betrag, der im genannten Zeitraum an Arbeitslose Bauarbeiter aus dem Raum Graz ausbezahlt wurde?

4. Aus welchen Gründen konnten im oben bezeichneten Zeitraum im Raum Graz nicht mehr Arbeitslose aus dem Baugewerbe vermittelt werden als dies tatsächlich geschehen ist?
5. Halten Sie es für sachlich gerechtfertigt, daß Arbeitslose aus dem Baugewerbe in ihrer überwiegenden Zahl den Winter über keine Beschäftigung bei anderen Baufirmen annehmen und sich lieber mit dem ausbezahlten Arbeitslosengeld zufrieden geben?
6. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um dieser Scheinarbeitslosigkeit entgegenzuwirken?